

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Landesjugendamt

Empfehlungen für die Weiterarbeit

Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 20. Januar 2006

Vor dem Hintergrund seiner bilanzierenden Rückschau und der Einschätzung der fachpolitischen Ausgangslage sowie in Ergänzung der offenen Arbeitsaufträge aus der laufenden Amtsperiode empfiehlt der 12. Landesjugendhilfeausschuss folgende Schwerpunkte und Themen zur Weiterarbeit in der 13. Amtsperiode des Landesjugendhilfeausschusses:

1. Die soziale Segregation und ihre Folgen für das Aufwachsen von Kindern (Stichworte sind hier Armut, soziale Benachteiligung), positiv gewendet die **soziale Integration** (gleichberechtigte Teilhabe an den kulturellen und sozialen Ressourcen der Gesellschaft) der nachwachsenden Generation und der Einmischungsauftrag der Jugendhilfe

In diesem Zusammenhang sollten insbesondere folgende Themen angegangen werden:

- Integration von jungen Menschen aus zugewanderten Familien-Empfehlungen für die Jugendhilfe
 - Arme Kinder, arme Familien in der Jugendhilfe - Wie werden sie integriert? Welche besonderen Maßnahmen sind erforderlich?
 - Gefährdung des Kindeswohls- verbesserte Reaktionsformen der Jugendhilfe (unter Einbeziehung der Koalitionsvereinbarungen auf Bundesebene)
 - Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen
 - Berufliche Integration junger Mensch und Perspektiven für den Erwerb einer anerkannten Ausbildung, unter besonderer Berücksichtigung sozial oder individuell benachteiligter junger Menschen
 - Konsequenzen der Hartz-Gesetze, insbesondere des SGB II für junge Menschen
 - Rechtsextremistische Entwicklungen in der Gesellschaft allgemein und unter jungen Menschen im Besonderen, (Gegen)Reaktionen der Jugendhilfe
2. Erziehung, Bildung und Betreuung im Elementarbereich unter besonderer Berücksichtigung von Kindern mit Behinderung

3. Bildung in der Jugendhilfe, speziell in der Jugendarbeit, und Aufwachsen in der Schule- die Zusammenarbeit der Jugendhilfe mit der Schule; Einrichtung einer Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfe und Schule nach § 7 Abs. 4 AGKJHG als Plattform für den erweiterten Austausch
4. Schulsozialarbeit - Stand, Struktur und Perspektiven
5. Empfehlungen zur Erstellung von Leistungs- und Entgeltvereinbarungen für Erziehungsberatungsstellen
6. Bericht der Enquete -Kommission "Jugend und Politik", Voraussetzungen, Formen und Umsetzung der gesellschaftlichen Partizipation junger Menschen
7. Nationaler Aktionsplan für eine kinderfreundliche Gesellschaft - Umsetzung auf Bundes- wie auf Landesebene
8. Ausbau und Erhaltung einer sozialraumbezogenen Infrastruktur der Jugendhilfe, insbesondere auch die Eröffnung eines Diskurses darüber, was junge Menschen und Familien im sozialen Nahraum brauchen und wie Jugendhilfeplanung darauf auszurichten ist
9. Die personelle Infrastruktur der Jugendarbeit und ihre Veränderung - Perspektiven der Förderung - Zukunft der Subsidiarität
10. Die Einheit der Jugendhilfe in Struktur und Angebot als Voraussetzung für eine flexible, präventiv wirksame öffentliche Unterstützung für das Aufwachsen in der Gesellschaft. (Frage nach Jugendhilfe im Koalitionsvertrag, etwa im Bundesmodellprojekt Frühe Förderung für gefährdete Kinder, Verhältnis Jugendamt und Servicebüro zur Begleitung von Eltern-Kind-Zentren, Eltern-Kind-Zentren und Jugendhilfe, Familienkasse und Jugendamt, Folgen der Änderung von § 84 GG für die Strukturen der Jugendhilfe ...)
11. Die Frage, ob eine Jugend(hilfe)berichterstattung - ein Kinder, Jugend- und Familienbericht auf Landesebene- eine geeignete Form der Verdeutlichung fachpolitischer Handlungsbedarfe darstellt oder darstellen kann
12. Die Koalitionsvereinbarungen auf Bundesebene - insbesondere jene, die auf verhaltensauffällige und delinquente junge Menschen bezogen sind (Erleichterung der gerichtlichen Unterbringung bei Verhaltensauffälligkeit, Sicherungsverwahrung), die entsprechende landespolitische Debatte und die Entwicklung fachpolitischer Positionen dazu
13. Die Erwartung an die Jugendhilfe, ihre Wirksamkeit schlüssiger nachzuweisen
14. Fragen der Effizienz und Effektivität des eigenen Handelns als Landesjugendhilfeausschuss